

B. Die Lage unter der Diktaturgefahr

Im Jahre 1930 und auch noch 1931 hat der größte Teil des deutschen Volkes, auch der größte Teil seiner politischen Führungsschicht ohne Unterschied der Parteistellung mit einer wirklich unmittelbaren, ernsthaften Gefahr einer heranrollenden nationalsozialistischen Totalität, mit einer zur Wirklichkeit werdenden Diktatur Hitler nicht gerechnet. Weitaus die meisten, ob rechts, ob links oder in der Mitte, sahen in den Nationalsozialisten eine mit Worten sehr anspruchsvolle Agitationspartei, die sich unter dem Zwang der Verhältnisse schließlich damit abfinden müsse, in einer Regierungskoalition nützlich oder schädlich zu wirken. Erst in der zweiten Hälfte 1931 und stärker noch 1932 war erkennbar, daß der laut betonte „Totalitätsanspruch“ der NSDAP ernster als ein nur agitatorisches Geräusch zu nehmen sei, und daß auch die bedrohliche politische und wirtschaftliche Gesamtlage sehr wohl die Erfolgchancen für die Verwirklichung eines solchen Totalitätsanspruches ergeben könnte. Die deutsche Politik stand nunmehr unter dem Schatten der Diktaturgefahr. Diese Gefahr bestimmte — zunächst nur mit anderen Faktoren zusammen, dann mehr und mehr allein ausschlaggebend — den Gang der Dinge. In dieser Lage ergaben sich *folgende Möglichkeiten*:

- a) Für den ständig wachsenden überzeugten Anhang Hitlers und für die noch viel größere Masse derer, die nicht die Überzeugung, aber der Magnetismus des Erfolges mitriß, gab es die einfachste aller Möglichkeiten: Mit der freudigen Spannung des Kindes vor der Weihnachtsbescherung warteten sie auf den Einzug ihres Messias in die Macht. Die besseren unter ihnen erhofften davon alles Heil für Deutschland, die schlechteren wenigstens für sich selbst.
- b) Eine weitere Gruppe von Menschen sah ohne Genugtuung, ja vielfach mit Sorgen und Bedenken die Machtergreifung durch Adolf Hitler als unvermeidlich, als geradezu schicksalhaft für Deutschland an. Soweit sie dann noch den Weitergang der Dinge optimistisch beurteilten, wie z. B. manche führenden Wirtschaftler, Diplomaten und Generäle, glaubten sie durch Anschluß an die NSDAP und durch aktive positive Mitarbeit im Gefolge des Diktators die Dinge günstig beeinflussen zu können.
- c) Diejenigen dagegen, die die Diktatur ebenfalls für unvermeidlich ansahen, die Zukunft aber pessimistisch beurteilten, zogen sich, soweit sie im öffentlichen Leben standen, völlig in den Bereich des Unpolitischen zurück und überließen Deutschland seinem Schicksal.
- d) Das Gegenteil dieser passiven Einstellung zu den Dingen wäre ein aktiver Zusammenschluß aller nichttotalitären Kräfte gewesen, also aller Kräfte außer NSDAP und KPD, zu einer Front zur Erhaltung des Verfassungs- und Rechtsstaates und zum Schutze der staatsbürgerlichen Freiheiten. Unter anderen Umständen hätte dieser Weg der für das deutsche Volk aussichtsreichste sein können: Wenn alle Machtfaktoren außerhalb des totalitären Bereichs, also außerhalb der NSDAP und der KPD, mit dem Ziele zusammengegangen wären, die Entstehung einer Parteidiktatur zu verhindern, dann wäre diese vermutlich dem deutschen Volke wirklich erspart geblieben. Wenn Reichspräsident, Reichsrat und fast alle Länderregierungen, gestützt auf Reichswehr und Polizei, auf alle Parteien von der DNVP bis zur SPD und auf alle entsprechend eingestellten Verbände und Wirtschaftsorganisationen eine feste Front hätten bilden können, dann konnte der Weg zur Diktatur wohl beiden totalitären Richtungen verbaut werden. Aber es steht außer Frage, daß an eine so weit gespannte Front unter den damaligen Verhältnissen niemals zu denken war. Dafür waren die herkömmlichen Parteigegensätze viel zu scharf. Deshalb Vorwürfe gegen rechts

*Welche
Entwicklungsmöglichkeiten
gab es überhaupt?*

*Einheitsfront DNVP bis
SPD gegen Hitler?*

oder links zu richten, ist müßig. Es ist für jeden Kenner der damaligen Verhältnisse unbestreitbar: für die SPD wäre jede Frontbildung mit den Deutschnationalen zusammen gegenüber der kommunistischen Agitation untragbar gewesen. Schon für die Anknüpfung entsprechender Verhandlungen wäre sie mit dem Vorwurf des „Verrates an der Arbeiterklasse“ belegt worden. Ihre Führung konnte in der ganzen Zeit nach 1918 ihrer Gefolgschaft die Koalitionsbereitschaft mit bürgerlichen Mittelparteien eben nur dadurch plausibel machen, daß auch noch die „Große Koalition“ den Kern der Rechten ausschloß. Hätte die SPD zur Abwehr Hitlers — und zugleich natürlich auch der zweiten totalitären Diktaturpartei, der KPD — eine Hugenberg einschließende Einheitsfront gebildet, dann hätte sie einen großen Teil ihres Anhangs an die KPD abgegeben. Und eine mit der SPD verbündete DNVP hätte ebenfalls scharenweise Verluste an die NSDAP gehabt. Hätten Führung und Gefolgschaft aller nichttotalitären Parteien den späteren Verlauf der Hitlerdiktatur vorweggeahnt, dann hätte die Sache wohl anders gelegen. So aber ist die Frage einer Einheitsfront aller nichttotalitären Parteien damals von niemand maßgebend angeschnitten worden, weder in den Parteilagern noch von außen her. Denn jeder sah diesen Weg von vornherein als nicht gangbar an. Es lag in den Dingen selbst ja auch letzten Endes eine furchtbare Barriere: die 1933 durchgeführte Wirtschaftspolitik Hugenbergs konnte politisch mit der SPD nicht durchgeführt werden.

- e) Ein anderer Weg trug den Charakter unfruchtbarer Kraftvergeudung: Verzicht auf Teilnahme oder Förderung bestimmter positiver Entwicklungen und Beschränkung auf rein parteitaktische Opposition gegen alles Unerwünschte ohne jede Rücksicht auf die indirekten Auswirkungen dieser Opposition.

Dies war in Konsequenz ihrer ganzen Politik der gegebene Weg der KPD. Sie suchte auf ihm möglichst nach Agitationserfolgen gegen die SPD. Daß sie mit ihrer ganzen Taktik wider Willen Hitler sehr viel mehr nützte als irgendein anderer politischer Faktor außerhalb der NSDAP, hat ihre Führung zweifellos erkennen müssen. Aber sie war offenbar so sehr von einem baldigen Zusammenbruch jeder Hitlerregierung und von der Wahrscheinlichkeit ihrer eigenen Erfolge überzeugt, daß sie eine Entwicklung, die zunächst die NSDAP an die Macht bringen konnte, keineswegs als das Schlimmste angesehen hat.

Aber auch die von ganz anderen Grundvoraussetzungen ausgehende SPD hat zwar noch der zweiten Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten zugestimmt, weil sie anderenfalls Hitlers Wahl zum Reichspräsidenten fürchtete. Sie hat sich aber im übrigen völlig vom Gang der Dinge in den unfruchtbaren Weg einer planlosen Opposition gegen alles ihr Unerwünschte hineintreiben lassen. Allerdings waren ihr durch ihre ganze taktische Lage die zwei Wege gesperrt, auf denen positiv — und vielleicht noch mit Erfolg — dem Abrutsch in die Diktatur entgegengearbeitet werden konnte. Sie hat sich wohl in Unterschätzung der Dringlichkeit und Größe der Gefahr nicht mehr entschlossen, sich wenigstens den einen von beiden zu öffnen, der auch für sie — wenn auch mit Unbehagen — gangbar sein konnte.

*Hitlerfreies
Präsidialkabinett?*

- f) Dieser Weg hätte in der Unterstützung oder wenigstens Duldung einer Präsidialregierung bestehen können, die der Reichspräsident ohne Mitwirkung der Parteien berief und in Anbetracht der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsmehrheit und des darin liegenden Staatsnotstandes im Amte hielt, — erforderlichenfalls unter wiederholter Reichstagsauflösung. Das war der letzte, auch gegenüber der Verfassung vertretbare Ausweg, wenn eine „negative Mehrheit“ — NSDAP und KPD — eine parlamentarische Regierung unmöglich machte. Das wäre gegebenenfalls auch

in dem freiesten Lande der Welt, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in solcher Lage der einzige Ausweg, — wenn diese Notlösung dort nicht schon durch die Bestimmungen der Verfassung (über die Ernennung der Minister durch den Präsidenten) in einer verfassungsmäßig klaren Form als selbstverständlich gewiesen wäre.

- g) Außerdem aber konnte unter den erforderlichen Kautelen noch ein anderer völlig verfassungsmäßiger Weg versucht werden, bestimmt durch folgende Erwägungen: Die NSDAP wuchs und mußte kraft ihres Radikalismus und der Notverhältnisse weiter wachsen, falls diesen nicht gesteuert werden konnte. Es war eine Zwickmühle in Funktion getreten. Einerseits: Die zunehmende Verzweiflung und Not trieben die Massen immer mehr in den Radikalismus hinein, dem Hugenberg durch Verhinderung des Young-Planes hatte vorbeugen wollen. Andererseits: in einem streng parlamentarisch regierten Staate war es gegenüber den von zwei Seiten, von rechts und von links, her angreifenden Vertretern dieses Radikalismus unmöglich, sie auf die Dauer von der Regierung fernzuhalten. Der nach parlamentarischem Brauche zunächst gegebene Ausweg war der, die NSDAP nicht allein zur Regierung kommen zu lassen und ihr nicht diejenigen Faktoren der Macht anzuvertrauen, mit denen sie dann die „totalitäre Gewalt“ an sich reißen konnte. Denn bei ihrem Charakter bestand die Gefahr, daß sie rechtswidrig und gewalttätig zur Diktatur schritt, um unwiderrufliche Verhältnisse zu schaffen. Also mußte man mit ihr eine Koalition eingehen und sie dabei auf klar begrenzte und machtmäßig gesicherte Bedingungen festlegen. Wenn eine Partei einmal so stark geworden ist, daß ohne sie keine Parlamentsmehrheit mehr gebildet werden kann, und wenn diese Partei andererseits mit Recht hinsichtlich Verfassungs- und Gesetzestreue als nicht verlässlich gilt, dann gibt es unter Wahrung der parlamentarischen Spielregeln eben nur ein Mittel, um sie vielleicht noch zu zügeln: mit ihr zusammen eine solche Koalition bilden, — eine Koalition, die dann aber wahrscheinlich nicht Schauplatz gedeihlicher Zusammenarbeit, sondern mehr die Arena eines ständigen und gefährlichen Ringkampfes sein wird.

Koalitionsbildung mit NSDAP?

Dieses Mittel mit dem Ziel einer Bezähmung Hitlerscher Totalitätsansprüche anzuwenden, erschien offenbar der Zentrumspartei 1932 noch als der einzig Erfolg versprechende Weg zur Rettung des Rechtsstaates und der persönlichen Freiheit. Sie war sicher nicht leichten Herzens, sowohl im Reich wie in Preußen, zu Verhandlungen bereit, um mit den Nationalsozialisten eine Koalition zu bilden, bei der die Führung zwangsläufig bei der NSDAP gelegen hätte. Daß diese Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis führten, lag nicht am fehlenden Willen der Zentrumspartei, sondern an dem sich überstürzenden Gang der Ereignisse. Auch im Januar 1933 lag es nicht an der Zentrumspartei, daß sie nicht in die Regierungsbildung eingeschaltet wurde. Hitler unterließ ihre Zuziehung, weil ihm sonst die Begründung der Reichstagsauflösung mit fehlender Regierungsmehrheit genommen war. Daß in einer etwa zustande gekommenen Koalition die Zentrums politik unvermeidlich gescheitert wäre, wird heute wohl kaum jemand bezweifeln. Wegen der grundsätzlichen Koalitionsbereitschaft gegenüber der NSDAP hat damals niemand — von der KPD natürlich abgesehen — den Zentrumsführern Kaas, Brüning, Dessauer irgendeinen diffamierenden Vorwurf gemacht, auch die SPD hat sie höchstens als falsch, aber nie als verwerflich bezeichnet. Auch heute denkt anscheinend — wiederum von der KPD abgesehen — niemand daran. Für die gleiche Sache aber einen anderen Maßstab anzuwenden, wenn es sich um Hugenberg handelt, kann schwerlich mit sachlichen Gesichtspunkten vertreten werden.

Hal tung des Zentrums

Der Gedanke, durch eine Koalition mit Hitler diesen zu fesseln, war 1932 beim Zentrum wohl stärker als in jeder anderen Partei. Dagegen hat es leider

den anderen möglichen Weg, von dem man heute rückschauend sagen kann, daß er 1932/33 zur Rettung vor der Hitlerdiktatur der sicherste war, stets beharrlich abgelehnt: eben den der Duldung und Unterstützung eines Präsidialkabinetts. Wie weit diese Haltung der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei durch den besonderen Gegensatz zu ihrem früheren Mitglied von Papen bedingt war, mag dahingestellt bleiben. Daß diese Haltung auch nach dem März 1933 in der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei noch als glücklich angesehen worden ist, kann bezweifelt werden. Auch die SPD wird nach geschehenem Unheil an die Zweckmäßigkeit ihrer Taktik kaum noch sehr fest geglaubt haben. Gewiß, sie konnte mit Hitler keine Koalition eingehen. Der Überlegung darüber war sie völlig enthoben, weil Hitler es ihr garnicht anbieten konnte. Aber seit 1930 war die ganze Taktik der SPD von dem Motiv beherrscht, um jeden Preis auch zu verhindern, daß nun etwa andere eine Regierungskoalition mit der NSDAP abschlossen, im besonderen das Zentrum. Dabei kann heute wohl nicht mehr bestritten werden, daß es für Rechte, Mitte und Linke — und vor allem für die Volksgesamtheit — wahrscheinlich *das beste gewesen wäre, wenn man aus dem Wahlergebnis vom September 1930 die nach englischen Begriffen unvermeidbare demokratische Konsequenz gezogen und dieses Wahlergebnis auch für die Regierungsbildung als maßgeblich beachtet hätte*. Das hätte damals bedeutet, daß eine Regierung der Rechten und der Mitte gebildet worden wäre, die die NSDAP miteingeschlossen hätte. Bei den damaligen Kräfteverhältnissen konnte Hitler nicht die Ansprüche stellen, wie er sie 1932 als Haupt von 14 Millionen Wählern erhob. 1930 war es sehr wohl denkbar, daß eine solche Regierung von Brüning geführt werden konnte. Dann bestand noch eine große Chance, der Entwicklung zur Totalität rechtzeitig vorzubeugen und den braunen Messiasnimbus auf die Probe zu stellen, ehe sein Träger alle Macht in die Hand bekam. Allerdings hätte dann die SPD ihre preußische Regierungsposition schon damals räumen müssen, aber angesichts der Verschiebung in der Wählerschaft war sie ja ohnehin nicht mehr zu behaupten. Die spätere Entwicklung hat gezeigt, wie wertlos es für die SPD war, diese Position auch noch über die Aprilwahl 1932 hinaus in der Hand zu behalten. Hugenberg hat sich über diese Zusammenhänge bereits im Juni 1932 auf einer Tagung der DNVP klar ausgesprochen. (vgl. Anlage II).

Auf des Messers Schneide

Im Herbst und Winter 1932/33 — also 5 Minuten vor 12 — lag eine Chance, Hitler völlig von der Macht fernzuhalten, noch darin, daß eine nicht parteigebundene Präsidialregierung zumindestens solange im Amt bleiben konnte, bis die schlimmste Phase der Wirtschaftskrise auf Grund durchgreifender Heilungsmaßnahmen überstanden und damit die wichtigste Voraussetzung für Hitlers Wahlerfolge beseitigt war. Aber statt eine solche Entwicklung durch passive Duldung zu ermöglichen, beteiligte sich auch damals die SPD an dem großen Kesseltreiben gegen die Regierung Papen, bei dem Reichstagspräsident Göring die Regie führte. Die SPD beantragte auch zuguterletzt noch gegen das Kabinett Schleicher ein Mißtrauensvotum, obwohl nach einem Sturze Schleichers ein anderer Kanzler als Hitler schwer vorstellbar war. Der offene Konflikt Hitlers mit Gregor Strasser konnte zudem offensichtlich nur dann eine Sprengungsgefahr für die NSDAP bedeuten, wenn diese weiter vor dem Tore zur Macht stehen bleiben mußte. Wie bestellt, paßte in Hitlers Gesamtspiel die von der SPD geübte Taktik hinein. Und doch denkt billigerweise niemand daran, ihr deshalb gewollte „Steigbügelhaltung“ vorzuwerfen.

Hugenburgs Haltung

Hugenburgs Politik hat in den Jahren 1931/33 offensichtlich — je nach der schnell wechselnden Lage — mit beiden Methoden zur Vermeidung einer totalitären NSDAP-Diktatur gerechnet, nämlich der Koalitionsbildung mit Hitler und der Stützung eines Präsidialkabinetts gegen Hitler. Bis zur Harzburger

Tagung (11. Oktober 1931) lag ihm aus Gründen, die mit seinem Wunsche zusammenhingen, bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl sowohl eine Kandidatur Hindenburg wie eine Kandidatur Hitler zu verhindern, das erste Verfahren näher. Nachdem ihm durch „Harzburg“ diese Hoffnung zerschlagen war, entschied sich Hugenberg gegenüber der unverhüllten Diktaturforderung Hitlers 1932 mit allem Nachdruck für das Präsidialkabinett. Als aber der schlecht beratene, greise Reichspräsident auch von dem Versuche der Durchführung dieser Methode Abstand nahm, sah sich Hugenberg Ende Januar 1933 durch den von ihm nicht beeinflussbaren Gang der Verhältnisse gezwungen, sich widerstrebend und voller Sorgen und Bedenken doch noch an der Anwendung der ersten Methode zu beteiligen.

Als ein Versuch der Gangbarkeit des Koalitionsweges ist die Veranstaltung der viel genannten und in ihrer Bedeutung so völlig falsch beurteilten Harzburger Tagung von 1931 anzusehen. Daß sich Hugenberg zu diesem Versuch entschloß, war durch die politische Gesamtentwicklung geboten. Der von manchen Kritikern, die aus „Harzburg“ ein Schlagwort machten, erhobene Vorwurf, Hugenberg habe durch die Harzburger Tagung Hitler erst verhandlungsfähig gemacht und ihn „in den Sattel gesetzt“, verkennt völlig die wirkliche Lage. Hitler, den noch zwei Jahre vorher die politischen Führungskreise meist nur als einen Agitationsredner mit örtlich begrenztem Anhang ansahen, war bereits durch die Septemberwahl 1930 in den Sattel gesetzt worden. Über 6 Millionen Wähler hatten ihm 107 Mandate und damit die zweitstärkste Reichstagsfraktion gegeben. Die inzwischen in einzelnen Ländern stattgefundenen Landtags- und Kommunalwahlen zeigten, daß bis Herbst 1931 sein Anhang noch um schätzungsweise 3 bis 4 weitere Wählermillionen gewachsen war, sodaß er bei einer Reichstagsneuwahl zwangsläufig die weitaus stärkste Fraktion bekommen mußte.

Die Harzburger Tagung

Die im Kabinett Brüning regierende Mitte hatte nach der Septemberwahl 1930 sich nicht entschließen können, Hugenburgs Vorschlag zu folgen und im Reiche und in Preußen eine Regierung mit den Deutschnationalen zu bilden, die die NSDAP einschließen sollte. Man hätte diese zu praktischer politischer Arbeit in einem Zeitpunkt genötigt, in dem ihr für unbegrenzte Vormachtansprüche noch die machtmäßige Unterlage fehlte. Die Mitte hatte es jedoch vorgezogen, keinen Versuch in dieser Richtung zu machen, sondern, auf eine unsichere Unterstützung durch die SPD angewiesen, kurzfristig von Monat zu Monat weiter zu manövrieren. Der NSDAP wurde dadurch eine unschätzbare Agitationsmöglichkeit belassen, deren umwälzende Wirkungen in der Wählerstimmung schon im Herbst 1931 klar erkennbar waren.

Als das Oberhaupt der größten und rapide weiterwachsenden Anhänger-masse, die irgendeiner politischen Richtung jemals zu Gebote stand, brauchte Hitler nicht erst noch nach Harzburg zu fahren, um dort von anderen „verhandlungsfähig“ gemacht zu werden. Er war es längst. An ihn hatten sich bereits Leute aus allen möglichen politischen und wirtschaftlichen Gruppen gewandt. Alle maßgeblichen politischen Faktoren, einschließlich der Reichswehrführung, sahen in ihm eine reale Macht erster Ordnung, mit der zu verhandeln die Regierung schon durch die herannahende Reichspräsidentenwahl unvermeidlich genötigt sein würde. Selbst der Reichspräsident ließ sich trotz starker persönlicher Abneigung schließlich bestimmen, mit dem „böhmischen Gefreiten“ zu reden.

Außer 107 Nationalsozialisten im Reichstage gab es fast 100 Abgeordnete halbrechts zwischen DNVP und Zentrum. Hugenberg hatte infolge der Abspaltungen von 1929/30 nur noch 41 Abgeordnete in der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Der Hebeldruck, den er mit dieser Anhängerschaft, die nicht ganz 8 % des Reichstages ausmachte, auf die Reichspolitik ausüben konnte, war

entscheidend davon abhängig, inwieweit neben der DNVP die Nationalsozialisten und auf der anderen Seite auch die Vielzahl von Parteien zwischen Deutschnationalen und Zentrum in paralleler Richtung taktisch angesetzt werden konnten.

Hugenbergs altes Ziel, die Loslösung des Zentrums von der Linken zu erreichen, war nur noch durch eine weit gespannte Sammelaktion und nicht mehr durch separate Schritte der geschwächten Deutschnationalen Volkspartei erreichbar. Diese Sammelaktion trat unter Einschaltung wirtschaftlicher und sonstiger Organisationen in Harzburg in Erscheinung. Sie mußte die Einbeziehung der NSDAP versuchen, wenn sie nicht im Voraus die Erfolgsmöglichkeiten auf Grund der Stärkeverhältnisse verbauen wollte. Im Herbst 1931 waren Hitlers Ansprüche infolge dauernder starker Erfolge seiner Partei bei Landtagswahlen gewaltig gestiegen. Noch aber war die Anschauung weit verbreitet, er könne durch Erwägungen der Vernunft und Mäßigung zu normaler Zusammenarbeit gebracht werden. Und noch gab es in der NSDAP einen starken, nicht totalitär gesinnten Flügel, an dessen Spitze Gregor Strasser stand, der nach Hitler einflußreichste Mann der Partei.

*Torpedierung von
Harzburg*

Die an der Tagung beteiligten Kräfte konservativer Staats- und Rechtsauffassung, die Deutschnationalen, der Stahlhelm, der Reichslandbund und andere rechtsstehende Organisationen — auch mittelparteiliche Vertreter aus den Reihen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei waren anwesend — machten in Harzburg die Probe auf das Exempel, ob mit Hitler und seiner Partei ein praktisches Zusammenarbeiten auf loyaler Grundlage möglich sein könne. Das Ergebnis war — auch durch Eingreifen Dritter — negativ. Hitler, dem am Vortage zwecks Torpedierung der Tagung ein persönlicher Empfang beim Reichspräsidenten vermittelt war, wurde dadurch in seinen Totalitätshoffnungen erheblich bestärkt. Der Tagungsverlauf zeigte, daß bei ihm eine Bereitschaft zu loyaler Zusammenarbeit gleichviel mit wem schwerlich mehr zu erreichen war. „Harzburg“ war also im Gegensatz zu dem, was linksgerichtete Zeitungen entweder aus Unkenntnis annahmen oder aus Taktik unterstellten, keineswegs etwa ein Bündnis zusammenstehender Kräfte, sondern das eindeutige Gegenteil. Nur die Rücksicht auf die allen Beteiligten unerwünschten Presseauswirkungen verhinderte einen Bruch auf offener Szene. Die gleiche Rücksicht führte zwar zu gemeinsam angenommenen Entschließungen, aber das eigentliche „Ergebnis von Harzburg“ war, neben einer Verstärkung des Richtungsstreites in der NSDAP nur die Feststellung, daß für die Rechte eine wirkliche Loyalität Hitlers ebenso fragwürdig war, wie für die Linke und die Mitte.

Hätte die Harzburger Tagung ein halbwegs positives Ergebnis gehabt und wäre dort die Bildung eines „Kartells“ für eine praktische Zusammenarbeit erfolgt, dann hätte die propagandistische Bezeichnung „Harzburger-Front“ einen realen Inhalt bekommen. Die Wirkung einer solchen Frontbildung wäre dann mit der Gründung des „Reichsbanners“ vergleichbar gewesen, mit dem die Führung der SPD den linken Flügel des Zentrums zu sich in dauernden Kontakt brachte und dadurch die Zentrumspar tei als Ganzes taktisch beeinflussen und binden konnte. Damit verglichen, hätte die Harzburger Tagung zu der erstrebten und sachlich gewünschten Bindung des Nationalsozialismus führen können. Diese Rechnung schlug aus den obenerwähnten Gründen fehl. Darüber waren sich nicht nur die Teilnehmer, sondern auch die Reichsregierung und die Umgebung des Reichspräsidenten sogleich nach der Tagung im klaren.

*Verhängnisvolle Wirkung
auf die Reichspräsidenten-
wahl*

Das war nach außen hin das Bild von „Harzburg“. Viel bedeutsamer, aber bisher nur wenigen Personen bekannt, ist die zerstörende Wirkung dieser Tagung auf einen Plan, der sich für Hugenberg aus vorhergegangenen Unterhaltungen mit Hitler in Nürnberg und München ergeben hatte, aber nicht verkündet werden konnte. Hitler betonte bei beiden Unterhaltungen sehr lebhaft,

tenden Niederlage nicht aussetzen dürfe. Hugenberg benutzte diese Äußerungen daß er bei der im Frühjahr 1932 bevorstehenden Reichspräsidentenwahl keinesfalls kandidieren werde, da er seine Partei der mit Sicherheit zu erwartenden Feststellung, daß sowohl im Interesse des deutschen Volkes wie Hindenburgs selbst auch dieser bei seinem Alter und Gesundheitszustande nicht gewählt werden könne. Da Hitler dies lebhaft aufnahm, konnte Hugenberg die Frage aufwerfen, ob nicht ein neutraler Kandidat gefunden werden könne, der sowohl auf die Stimmen der Mittelparteien, wie auch auf diejenigen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten rechnen könne. Hitler stimmte diesem Plane zu, und es entstand der Gedanke der Zusammenkunft in Harzburg als Vorspiel und Akt der Sammlung vor dem Ausruf des Kandidaten. Hugenberg nannte in erster Linie den Namen des Oberbürgermeisters Dr. Jarres-Duisburg. Hitler bat mit dem „Versprechen“, daß die Personenfrage keine Schwierigkeiten bereiten werde, die Festlegung auf eine bestimmte Person noch kurze Zeit zu vertagen. So blieb diese Frage bis zum Tage vor Harzburg offen. Am Abend von Harzburg war dieser Plan bereits gescheitert. *Das schließliche Ergebnis war die Wiederwahl Hindenburgs und damit in der verhängnisvollsten Zeit das Fehlen eines festen, klaren Willens an der für die Geschicke Deutschlands entscheidenden Stelle.* Der damit geschaffene Zustand erleichterte Hitler die „Machtergreifung“.

Die Dinge liefen also nun in folgender Reihe ab: Hitler ließ sich selbst als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufstellen. Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm lehnten sowohl Hitler wie Hindenburg ab, obwohl Hindenburg der Protektor des Stahlhelms war. Sie vertraten beide die Auffassung, daß eine Erneuerung der Kandidatur Hindenburgs dem in höchstem Greisenalter stehenden, gesundheitlich sehr stark erschütterten Reichspräsidenten nicht mehr zuzumuten und mit den Interessen des Reiches nicht mehr vereinbar sei. Die oberste Lenkung des Volksschicksales in einer Zeit schwerster Staats- und Wirtschaftskrise in die Hände der unkontrollierbaren, selbstsüchtigen und politisch urteilslosen Umgebung des Reichsoberhauptes zu legen, war alles andere als ratsam. Der Brief Dr. Brünnings, der 1947 in der „Deutschen Rundschau“ erschien, kann diesen Standpunkt nur als berechtigt kennzeichnen. Wenn damals DNVP und Stahlhelm gemeinsam Duestenberg als Kandidaten aufstellten, so geschah es nicht, weil sie damit auf einen Wahlerfolg rechneten. Sie wollten aber die Entscheidung im ersten Wahlgang verhindern, um damit für den zweiten Wahlgang immer noch die Möglichkeit der Aufstellung einer neuen, nicht parteigebundenen Persönlichkeit offenzuhalten. *Diese Rechnung durchkreuzten die deutschen Urwähler*, indem sie schon durch das Ergebnis des ersten Wahlganges die Erwartungen der Umgebung Hindenburgs erfüllten, aber immerhin Hitler im ersten und erst recht im zweiten Wahlgang so abschneiden ließen, daß Hindenburgs Umgebung und General von Schleicher eine stärkere Annäherung an Hitler als unvermeidlich ansahen. *Das hatte auch Brünnings Sturz und Papens Präsidialkabinett zur Folge, dessen Berufung nach Fühlungnahme Schleichers mit Hitler erfolgte, während Hugenberg auf diese Entwicklung ohne jede Einwirkung war.*

Der Umstand, daß Hugenberg aus den dargelegten Gründen gegen eine neue Kandidatur Hindenburgs war, dieser selbst aber Reichspräsident bleiben wollte, machte es allen Gegnern Hugenburgs einschließlich der Nationalsozialisten leicht, Hugenberg als „Gegner Hindenburgs“ bei diesem mißliebig zu machen und damit auch seine Politik. Die weitere Folge war, daß Hugenberg in keinen persönlichen Kontakt mit Hindenburg kommen und damit auch keinen Einfluß auf seine Entscheidungen ausüben konnte.

Nachdem das Kabinett Papen berufen war, hielt sich Hugenberg zu seiner Unterstützung im Gegensatz zu Hitler verpflichtet. Zwar übte er an Einzel-

*Hugenberg
und die Regierung Papen*

heiten dieses Kabinetts und seiner Praxis Kritik, insbesondere in der Richtung, daß auf dem Gebiete der Wirtschaft nichts Durchgreifendes geschah und deshalb die Quelle des Radikalismus der Massen unverstopft blieb. Aber Hugenberg konnte trotz sachlicher und personeller Bedenken die Zusammensetzung des Kabinetts von Papen und später des Kabinetts von Schleicher nicht beanstanden, wenn er den Grundsatz der nicht-parteegebundenen Berufung durch den Reichspräsidenten bejahte. Das mußte er schon aus grundsätzlichen Erwägungen tun, denn das Vorgehen des Reichspräsidenten in diesem durch den Zwang der Umstände gekennzeichneten Einzelfall entsprach praktisch der von Hugenberg generell angestrebten Verfassungsreform. Wer dem Staatsoberhaupt die Befugnis zu einer von den Parlamentsfraktionen unabhängigen Wahl der Regierungsmitglieder wünscht, kann nicht als Parteiführer die getroffene Auswahl beanstanden, weil sie ihm persönlich vielleicht nicht gefällt.

Papens Berufung und die Zusammensetzung seines Kabinetts waren Gegenstände der Rücksprache General von Schleichers mit Hitler gewesen. Für Hugenberg bedeuteten sie eine völlige Überraschung. Er sah Papen mit Bewußtsein zum ersten Male, als dieser schon Kanzler geworden war. Papen sagte ihm dabei: „Sie wundern sich vielleicht, mich in dieser Stellung zu sehen“ — eine schlagende Widerlegung des Argwohns mißtrauischer Leute, beim Sturz Brünnings und der Berufung Papens müsse Hugenberg unbedingt „Drahtzieher“ gewesen sein. *Ausschlaggebend für die Unterstützungsbereitschaft Hugenburgs gegenüber dem Kabinett Papen oder genauer gesagt, gegenüber jedem nicht parteiegebundenen Präsidial-Kabinett, war die Eignung eines solchen Kabinetts als haltbarer Prellbock gegen Hitlers Diktaturgelüste.* Denn dieser begann, — nachdem er „vierzehn“ oder wenigstens „zwölf Jahre lang“ in schroffstem Antiparlamentarismus „gemacht“ hatte — auf einmal, von Göring und Goebbels assistiert, auf das parlamentarische System zu setzen. Hitler war sich bewußt oder unbewußt darüber klar, daß er nicht ein Schützling geheimnisvoller dynastischer, militärischer oder großkapitalistischer Kräfte, sondern — wie übrigens fast alle Massendiktatoren — ein echtes Kind des demokratischen Stimmzettels war. Er hatte begriffen, daß gerade der von ihm so oft verdamnte Parlamentarismus einem Massenhypnotiseur großen Stils unerhörte Chancen bieten konnte. Und zugleich war seine damalige große politische Erfolgserie für seine sensible und labile Psyche auch schon zu jener Zeit gefährliches Rauschgift, so wie später die militärischen Erfolgserien seiner Blitzkriege von 1939/41.

Hitlers innerpolitischer
„Blitzkrieg“ 1932

Am 7. Mai 1932 hatte Schleicher mit ihm die geheime Besprechung über den bevorstehenden Sturz Brünnings und die Berufung Papens. Am 28. Mai sagte Hitler dem Kanzlerkandidaten Papen die Tolerierung durch die NSDAP zu — gegen die Aufhebung von SA-Verbot und Demonstrationsverbot und gegen die Reichstagsauflösung. Am 30. Mai wiederholte er mit Göring zusammen diese Zusage gegenüber dem Reichspräsidenten. An demselben Tage wurde Brüning entlassen und am 1. Juni Papens Regierung gebildet. Am 3. Juni lehnte Hitler die schriftliche Fixierung des mündlich gegebenen Tolerierungsversprechens gegenüber Schleicher ab. Trotzdem vollzog der Reichspräsident, statt nunmehr das Ruder herumzuwerfen, am 4. Juni die von Hitler öffentlich immer von neuem verlangte Auflösung des Reichstages, dessen Neuwahl auf den 31. Juli festgesetzt wurde. Am 13. Juli forderte Hitler die Aufhebung des Uniformverbotes. Die Regierung leistete dem am 14. Juli Folge. Nachdem er, offenbar auch über diesen Punkt vorweg unterrichtet, in Presse und Versammlungen dauernd ein Einschreiten des Reiches gegen das Preußische Kabinett Braun verlangt hatte, wurde am 20. Juli 1932 tatsächlich durch Notverordnung des Reichspräsidenten die Preußische Regierung ihres Amtes enthoben und der Reichskanzler zum Staatskommissar bestellt. Es war kein Wunder,

daß ein großer Wahlsieg diesen „Blitzkrieg politischer Erfolge“ krönte. Die NSDAP bekam fast 14 Millionen Stimmen und 230 Reichstagsmandate von insgesamt 608!

Daß Hitler nun die feste Überzeugung hatte, nötigenfalls in aller Kürze mit seiner Propagandamaschine auch noch den zur absoluten Mehrheit erforderlichen Zuwachs herauszuholen, war nicht erstaunlich. *In dem neugewählten Reichstage war in jedem Falle eine positive Mehrheitsbildung ohne NSDAP unmöglich.* Prompt verlangte jetzt Hitler, in direktem Gegensatze zu seinen Zusagen, für sich den Kanzlerposten. Er erhielt ihn nicht. Die NSDAP-Propaganda raste nun gegen „Herrenklub“, „Reaktion und Barone“ in einer Tonart, bei der die Kommunisten schwer Schritt halten konnten. Göring, ein bewährter Putschist, machte sich als Reichstagspräsident ernste Sorgen um die Weimarer Verfassung. Er rempelte beim Antrittsbesuch des Reichstagspräsidiums den Reichspräsidenten mit dem Vorwurf an, daß er nicht verfassungsmäßig „dem Volkswillen Rechnung trage“. Im Gegensatze zu dem deutschnationalen Vizepräsidenten Graef (vgl. Anlage III) assistierten die Vizepräsidenten der Mitte und der Linken dabei noch eifrig Göring, dem Manne, der sich vielleicht schon damals überlegte, wann er sie einsperren lassen würde. Sie taten es, obwohl ihnen eigentlich klar sein mußte, daß Göring mit der „Nichtbeachtung des Volkswillens“ nur die Nichtberufung Hitlers zum Kanzler gemeint haben konnte! Das Hohngelächter der oberen NSDAP-Kreise über solche Vorgänge und über die Rolle, die sie den Reichstagsparteien — mit Ausnahme der DNVP — im Kampfe gegen das Präsidialkabinett zudiktieren konnten, klingt aus Goebbels Tagebuch „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ deutlich genug heraus. Wenn jetzt manche Geschichtsschreiber und politische Betrachter sich den Aufstieg Hitlers ohne „Steigbügelhalter“ nicht denken können, sollten sie sich jedenfalls darüber im klaren sein, daß dann in diesem Jahre 1932 die Steigbügel für ihn geschnallt sein müßten! Bei dem späteren Sich-in-den-Sattel-Schwingen brauchte er keine fremde Hilfe mehr.

Für keinen einzigen unter den zahlreichen für Hitler in diesem entscheidenden Jahr vorteilhaften Vorgängen kann man aber bei einwandfreier Klärung der Zusammenhänge Hugenberg irgendeine Verantwortlichkeit aufbürden. Er hatte vor dem ersten wie vor dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hitlers Aufforderung, seine Kandidatur zu unterstützen, ausdrücklich abgelehnt. Er machte ihm in einem damals veröffentlichten *Briefe vom 20. März 1932* eindringlich klar, daß Totalitätswünsche Hitlers bei den Deutschnationalen nur auf Ablehnung stoßen könnten, indem er ihm schrieb:

*Hugenbergs Warnung
an Hitler*

„Zur Klugheit gehört auch Mäßigung. Man konnte und kann bei der heutigen Gesamtlage nicht erwarten — das habe ich Ihnen in München schon am 4. Februar gesagt und später in Berlin wiederholt — daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg alle eigentlichen Machtpositionen in die Hände *einer* Partei legt, insbesondere also auch die mühsam aufgebaute und aufrechterhaltene Reichswehr. Wenn Sie alle Machtpositionen in Ihrer Hand, in der Hand Ihrer Partei oder Bewegung vereinigen wollen — eine Sache, die es bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Ländern gegeben hat, so sage ich Ihnen vorher, daß Sie um dieses Ziel das Blut Ihrer Besten vergeblich verspritzen werden, und daß Sie insbesondere mit ‘Legalität’ nie zu diesem Ziele kommen werden. Was sich dagegen zusammenballt, wird immer stärker sein als Sie. Mit dem Satze ‘Alles oder nichts’ ist schwer Politik zu machen.“

„Hier (beim ersten Wahlgang) haben sich auch die Kraftworte und die Betonung der Ausschließlichkeit Ihres Machtstrebens ungünstig ausgewirkt, die sonst Ihrer Partei bei der Werbung so manchen Anhänger zuführen. Ebenso die Sorge, daß mit Ihrer Wahl eine Parteiherrschaft die andere ablösen, ja, daß eine Parteidiktatur die Folge sein werde. Diese Gesichtspunkte lassen für Sie auch den zweiten Wahlgang aussichtslos erscheinen.“*)

Diese für Hitler unmißverständliche Warnung und Ablehnung war, wie wir

heute sagen können, kein wirklich eingetroffenes Prophetenwort; denn Hugenberg hat zweifellos — indem er von seiner eigenen, später bestätigten inneren Einstellung auf diejenigen der anderen schloß — die Widerstände überschätzt, die Hitler schließlich auf seinem Wege zur Diktatur fand. Die wirklich eintretenden Widerstände waren zu schwach, um Hitler diesen Weg zu verlegen. Aber am 20. März 1932 konnte Hugenberg — wie damals offensichtlich alle Parteiführer außerhalb der NSDAP — sich noch zu der von ihm ausgesprochenen Beurteilung der Lage berechtigt glauben, ganz abgesehen davon, daß es ja eine Warnung, eine Entmutigung sein sollte! Jedenfalls gibt seine im Anfangsstadium der das Jahr 1932 umfassenden Totalitätsoffensive Hitlers an diesen gerichtete Warnung *eine klare Antwort auf die Frage, ob Hugenberg etwa die Hitlerdiktatur gewollt haben kann. Er hat sie selbstverständlich nicht gewollt.* Und er hat sie seiner ganzen staatspolitischen Denkungsweise und seinen ganzen Rechtsvorstellungen nach unmöglich wollen können (vgl. Anlage IV).

*Hitlers Kampf gegen die
Deutschnationalen*

Für Hitler bestand auch keinerlei Zweifel darüber, daß er bei Hugenberg und bei der Deutschnationalen Volkspartei nur auf grundsätzliche Gegnerschaft stoßen würde, wenn er den Rechtsboden verlassen und eine totalitäre Gewaltherrschaft anstreben wolle. Daraus zog er seine Konsequenzen. Beim Preußenwahlkampf im April 1932 und beim Reichstagswahlkampf im Juli 1932 spielte für die nationalsozialistische Propaganda der *Kampf gegen die als „Reaktion“ befehdeten Deutschnationalen* eine wichtige Rolle und beim Novemberwahlkampf standen *die Angriffe gegen die von Hugenberg geführte DNVP für die NSDAP* — ganz besonders für Goebbels — *unstreitig im Vordergrund aller Auseinandersetzungen.* (vgl. das öffentliche Rededuell Schmidt-Hannover mit Goebbels in der Hasenheide, Berlin, im Oktober 1932 und ferner Anlage V.) Die Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten in den Parlamenten, der Presse und den Volksversammlungen wurden im ganzen Jahre 1932 mit größter Schärfe durchgeführt. Die NSDAP wandte ihre terroristischen Methoden damals nicht nur, wie schon bisher, gegen links, sondern mit besonderer Vorliebe auch gegen rechts an. Der geradezu fanatische Haß gegen die Rechte, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 im Auftreten der NSDAP den alten Haß gegen die Linke noch überbot, war bei Hitler, Goebbels, Göring durch sehr ernste taktische Erwägungen fundiert. Sie fürchteten zwar keine einheitliche Gegenfront der Linken, Mitte und Rechten, denn sie wußten, daß eine solche nicht zustande kommen konnte. Sie hatten auch keine Sorgen vor den Hemmungen und Schwierigkeiten, die der NSDAP aus einer Koalitionsbildung entstehen konnten, die sie damals wenigstens mit dem Zentrum in Betracht zogen. (Rückblickend weiß man jetzt, daß sie entschlossen waren, bei einer Koalitionsbildung jedem Partner alles Gewünschte zu versprechen, im Besitze der Macht aber unverzüglich alle gegebenen Versprechungen zu brechen).

Sorgen und zwar allerschwerste Existenzsorgen machte den Nationalsozialisten aber die Befürchtung, ein unabhängig von einer Parlamentsmehrheit berufenes Präsidialkabinett — sei es nun von Papen oder von Schleicher — könnte längere Zeit im Amte bleiben und zu einer neuen, womöglich sogar zu mehrfach wiederholten Reichstagsauflösungen greifen. Hitler stand unter schärfstem Zeitdruck. Er war Ende 1932 außerstande, noch längere Zeit zu warten; denn wenn sich durch den Fortbestand eines Präsidialkabinetts seine Machtergreifung noch um unbefristete Zeit verschob, war für seine agitato-

*) Zu diesem Briefe schrieb „Der Deutsche“ (Blatt der Christlichen Gewerkschaften) vom 31. 3. 32: „Ja, hinter den Kulissen bereitet sich ein Krieg zwischen Hugenberg und Hitler vor.“ Und das „Montagsblatt“ vom 4. 4. 32 bemerkte: „Die Presse der Hitler-Partei hat nun in unsachlicher und gehässiger Weise einen Kampf gegen Hugenberg begonnen, der besonders abstoßend wirkt, weil längst widerlegte Behauptungen der Linken neu hervorgeholt werden.“

risch überhitze und durch den Novemberrückschlag zum Teil entmutigte Gefolgschaft eine schwere innerorganisatorische und zugleich eine kaum lösbare finanzielle Krise unvermeidlich. Die Strasser-Krise bewies das deutlich, und in Goebbels' Schilderungen „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ sind die damaligen schweren inneren Spannungen in der NSDAP, die leicht zu einer großen Explosion führen konnten, klar erkennbar. Von seiner Riesensorge um den Enderfolg seiner ganzen Massenhypnose befreite Hitler der Sturz Schleichers und — das war schließlich entscheidend — das sich daran knüpfende Aufgeben des Gedankens einer „Präsidialregierung“. Aber seine Furcht vor dem Bestande einer solchen Regierung und vor einem dann wahrscheinlichen, unheilbaren Rückschlage seiner Agitationserfolge war für Hitlers Feindschaft gegen die Deutschnationalen maßgebend, die allein eine *Präsidialregierung* unterstützten. *Diese aufrechtzuerhalten, hatte Hugenberg sich im Herbst 1932 durch seine Ratschläge an Papen vergeblich bemüht.*